

Thema in Zeiten von Wahlkampagnen und als mögliches Stimmenreservoir für sich beansprucht haben.

Die günstigere Konjunktur zur Zeit der sozialistischen Regierung (1981–1986) hat zwar manches erleichtert, besonders durch die Unterstützung seitens der Ministerien, aber auch ein gewisses Desinteresse hervorgerufen, da die Lösung der Probleme nicht mehr auf der Straße, sondern bei der Bureaucratie lag.

FAZIT UND AUSBLICKE

Was sich nach diesem kurzen Blick auf die französische Situation feststellen läßt, ist vielleicht nicht sosehr die Gefahr der Institutionalisierung an und für sich, als vielmehr die Schwierigkeit, aus einer anerkannten Frauenforschung eine autonome Wissenschaft zu machen. Bis jetzt hat sie von den benachbarten Wissenschaften mehr oder weniger gelebt. Jetzt, wo sie ihre Stellen an den Universitäten, ihren Platz innerhalb der Lehrinstitutionen hat, muß sie ganz gezielt sich gegenüber zweier Gefahren behaupten:

Die eine Gefahr ist der Mangel an Basisinformationen: die Dokumentation in der Frauengeschichte ist oft zerstreut, schwer zugänglich und ephemer. Wo und wie sollen diese Dokumente – gedruckte wie ungedruckte, Bandaufnahmen oder Bilddokumentationen – aufbewahrt werden? Woher sollen dafür nötige Gelder und die notwendigen Stellen kommen? Wie soll man damit umgehen?

Darüber hinaus soll die herkömmliche Historiographie, wie sie im 19., aber auch im 20. Jahrhundert betrieben wurde, untersucht und zum Gegenstand der Frauenforschung gemacht werden.

Indem sie die Fächer, die ihr zunächst aufgeholfen haben, d.h. Geschichte, Ethnologie, Soziologie, Demographie u.a.m. zu ihren eigenen Forschungsobjekten macht, gewinnt die Frauenforschung an Autonomie innerhalb der Institution und festigt ihre Position als gleichgestellte Wissenschaft.

Die andere Gefährdung einer „offiziellierten“ Frauenforschung ist ein zunehmendes Desinteresse seitens der Basis. Der Militantismus in Frankreich hat in den letzten Jahren nachgelassen zugunsten einer Forschung, die immer mehr für und von *happy few* getrieben wird. So drückt sich wenigstens eine etwas enttäuschte Minderheit aus, die sehr stark an den Rand gedrängt wurde.

Hinzu kommt, daß die jüngere Generation von Studierenden sich mehr von anderen Problemen bedrängt fühlt, wie etwa die Frage der Arbeitslosigkeit.

Die Frauenforschung als Forschungsgebiet innerhalb der Universitäten muß aber nicht notwendigerweise erstarren. Ob das so sein wird, ist eine Frage des Willens der weiblichen Lehrenden, die die Stelle dort besetzen. „Verbeamtung“ bedeutet auch eine gewisse Autonomie. Alles hängt letzten Endes mehr von den Frauen selbst als von der Institution ab; auch die Frage, ob die Frauenforschung sich zu einer allgemeinen und gemeinsamen Reflexion weiter entwickeln wird, die die anderen Wissenschaften ihrerseits dazu zwingt, sich selbst wiederum in Frage zu stellen.

Elisabeth Meyer-Renschhausen
West-Berlin

BERICHT ZUR INSTITUTIONALISIERUNG VON FRAUENFORSCHUNG IN WEST-BERLIN

In Westberlin begann eine größere Debatte um die Institutionalisierung der Frauenforschung 1978. In einer größeren Gruppe, in der vor allem zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Assistentinnen (Soziologinnen, Historikerinnen, Politologinnen, Sprach- und Literaturwissenschaftlerinnen u.a.) Studentinnen aber auch Lehrerinnen und andere berufstätige Frauen mitarbeiteten, setzte man/frau sich auseinander, welche Art der institutionellen Verankerung von Frauenforschung am sinnvollsten sei. Daß irgendeine Art von Institutionalisierung von Frauenforschung auf Dauer unumgänglich sei, stand für alle Mitglieder dieser Gruppe außer Frage. Der Streit spitzte sich bald darauf zu, ob es besser sei, das anvisierte Frauenforschungs-Institut innerhalb oder außerhalb der Universität zu etablieren. Eine kleinere Fraktion der Beteiligten – zum Teil wissenschaftliche Angestellte und ähnlich an der Universität beschäftigte Frauen – sprachen sich vehement für ein Frauenforschungsinstitut an der Universität aus, das hieß in diesem Falle, an der Freien Universität Berlin, und zwar, weil sie nur einer dermaßen an bestehende Strukturen angegliederte Einrichtung überhaupt einige Chancen errechneten, alles andere für undurchführbar hielten oder zumindest doch außeruniversitären Einrichtungen wenig Agiermöglichkeiten zusprechen mochten. Die andere Fraktion wandte sich ebenso entschieden gegen die Angliederung einer Frauenforschungsstelle an die Universität, weil sie der Meinung waren, daß eine derartige Einbindung einer solchen Stelle wenig Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Frauenbewegung übrig lassen würde. Außerdem wollten sie eine Frauenforschungsstelle gerade auch für außeruniversitäre Bildungsarbeit offen halten, so ähnlich, wie beispielsweise in den USA die „women's studies“ Kurse an den Universitäten oder Colleges selbstverständlich auch für Erwerbstätige oder Hausfrauen offen stehen, während bei uns entsprechende Bildungsangebote im wesentlichen nur im Rahmen von Volkshochschulen angeboten werden können. Diese zweite Gruppe einigte sich daher darauf, ein Frauen-, Forschungs-, Informations- und Bildungszentrum zu kreieren, zu welchem Zweck man hoffte, gewisse – wenngleich auch geringe – staatliche Gelder bekommen zu können.

Tatsächlich hatten beide Gruppen in ihren Einschätzungen von dem was zur Zeit möglich und sinnvoll war und ist, in gewisser Hinsicht recht. Die zweite, größere Gruppe konnte das geplante Frauen-, Forschungs-, Informations- und Bildungszentrum – kurz FFBIZ – tatsächlich ins Leben rufen, seit einigen Jahren existiert eine kleine Bibliothek, ein kleineres Dokumentationszentrum in Berlin-Charlottenburg in der Danckelmannstraße 15. Die Bibliothek und das Archiv – bestehend

vor allem aus einer umfangreichen Sammlung Berliner und Westdeutscher Examensarbeiten und Dissertationen zu frauenspezifischen Themen – wurde und wird insbesondere von Studentinnen und freiberuflich forschenden Frauen aus Berlin und der Bundesrepublik genutzt, und entsprach und entspricht offenbar starkem Bedarf an einer derartigen Einrichtung. Außerdem wurden Kurse im Rahmen der außerschulischen Bildung und Weiterbildung angeboten, und zwar einerseits halbjährliche Kurse mit bestimmten Themenschwerpunkten (zum Beispiel zu den neuen Medien auch in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf weibliche Arbeitsplätze in Industrie und Verwaltung, oder auch zu literaturwissenschaftlichen Themen), die vor allem auch Frauen aus dem Stadtteil (Kiez) angeboten wurden. Die Teilnehmerinnen hatten und haben eine nicht hohe aber auch nicht völlig niedrige Teilnahmegebühr zu entrichten, die dazu dient, Miete und laufende Kosten zu bestreiten und eventuell auch eine gewisse Referentinnenentlohnung abzuwerfen. Außerdem wurde eine „offene Samstagsrunde“ eingerichtet, die einem wechselnden Teilnehmerinnenkreis aus dem Stadtteil und dem Uni-Bereich jeweils Vorträge und auch Filme zu momentan besonders aktuellen Themen aber auch kulturellen Fragestellungen anbietet. Auch hier ist ein geringes Eintrittsgeld zu bezahlen. Obwohl es im Rahmen des FFBIZ auch zu kleineren Forschungsinitiativen gekommen ist, kann man die Einrichtung als „Forschungszentrum“ bisher kaum betrachten, dazu fehlt es an Geldern und an Mitarbeiterinnen. Überhaupt hat sich gezeigt, daß diese völlig freie Institution zwar ein Angebot offerieren kann, nachdem momentan auch Bedarf besteht, daß aber auf der anderen Seite auch die Skepsis der Gegnerinnen einer derartigen Einrichtung nicht unberechtigt waren. Denn vor allem in den Anfangsjahren wurde überdimensional viel Energie und Arbeitszeit durch den rastlosen Einsatz für auch nur geringste staatliche Unterstützungsgelder absorbiert. Verschiedenen Wissenschaftlerinnen schien dieser Aufwand in gar keinem Verhältnis zu dem Erreichbaren zu stehen, und sie zogen sich aus der Initiative zurück. Andere rieben sich an gewissen starsinnig und/oder hyperdemokratischen Vorstellungen der selbstlosesten Mitarbeiterinnen und verließen die Gruppe daher ebenfalls; wozu anzumerken ist, daß es zu diesen etwas rigiden Formen innerhalb der Gruppe sicher vor allem deshalb kam, weil ohne solchen, öffentliche Mittel wahrscheinlich überhaupt nicht zu erlangen gewesen wären. So wurde die tatsächliche Einrichtung sehr viel bescheidener als das ursprünglich geplant war, obwohl sie momentan in recht stattlichen Räumen residiert und sogar mit einigen Arbeitsbeschaffungs- Maßnahme- Stellen (ABM) gesegnet arbeitet, was immerhin sehr viel mehr ist, als die Skeptizistinnen je hätten erwarten mögen.

Die Fraktion, die innerhalb der ursprünglichen Gruppe von Anfang an für eine institutionelle Anbindung an der Universität plädiert hatte, hat mit ihren Anregungen nun erstaunlicherweise auch gewisse Erfolge, obwohl diese Gruppe von Anfang an sehr klein war. Dieser Erfolg ist allerdings nicht zuletzt dem damals gerade stattfindenden Wahlkampf anzulasten,

dem es wohl zu verdanken ist, daß bereits im Verlauf des Jahres 1979 eine kleine Planungsgruppe für eine einzurichtende wissenschaftliche Zentraleinrichtung Frauenforschung an der Freien Universität Berlin (West) eingesetzt wurde. 1981 wurde daran anschließend eine – zunächst vorläufige – Zentraleinrichtung (ZE) Frauenforschung mit drei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und einer Sachbearbeiterin eingerichtet. Als wissenschaftliche Dienstleistungseinrichtung war diese ZE direkt dem Präsidenten der Universität unterstellt („beim Präsidenten angegliedert“ lautet der offizielle Sprachmodus), allerdings erst Anfang 1983 mit einer „Ordnung“ versehen, so daß ebenfalls erst 1983 ein wissenschaftlicher Beirat gewählt werden konnte und somit diese ZE erst ab 1983 voll arbeitsfähig war. Dennoch wurde die Zeit ab 1981 bereits zur Erprobungsphase der ZE gerechnet, worauf man die Frauen der ZE allerdings erst im Laufe der Zeit hinwies.

Auch andere „äußere“ Bedingungen des ZE Frauenforschung waren anfangs wenig geeignet, zu ermöglichen, daß sie ihrer Aufgabe, zentrale Beratungsstelle für ein neues Forschungs- und Lehrgebiet an der Universität zu sein, voll gerecht werden konnte. So waren ihr beispielsweise Räume weit entfernt vom zentralen Unigelände zugewiesen worden (zwischenzeitlich wurde sogar überlegt, sie in Räume am äußersten Stadtrand von Berlin zu verlegen!). Die Mitarbeiterinnen wurden darüber im Unklaren gelassen auf wie lange Zeit sie tatsächlich angestellt wären. Die Angliederung beim Präsidenten hatte zur Folge, daß die Einrichtung zwar in enger Kommunikation mit der Universitätsspitze stand, darüber jedoch zwangsläufig vernachlässigen mußte, das Kommunikationsnetz unter den verstreut an der Universität angestellten „Frauenstellen“ (= wissenschaftliche Mitarbeiterinnen vornehmlich im Bereich der Politologie, Soziologie, Psychologie und den Sprach- und Literaturwissenschaften) enger zu knüpfen, so daß hier die Initiative vielfach bei den einzelnen interessierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und/oder Beirätinnen blieb, und es abhängig von deren persönlichem Interesse und Arbeitskapazitäten blieb, inwieweit sie die ZE für die weitere Verankerung von Frauenforschung an ihren jeweiligen Instituten zu nutzen verstanden. (Es stellte sich bald heraus, daß Schreiben, die die ZE an die Fachbereiche versandte, mit der Bitte beispielsweise um statistische Erhebung bezüglich der jeweiligen Bemühungen zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Lehrenden etc. nur sehr sporadisch entsprochen wurde.) Schließlich hing über der ganzen Einrichtung das Damoklesschwert der Erprobungsphase und des Vorläufigen. Es war beschlossen worden, daß die ZE nach 4 jähriger Erprobungsphase einen Bericht vorlegen sollte, aufgrund dessen Kuratorium und Akademischer Senat über die weitere Existenz dieser Einrichtung beschließen sollten. Als die Mitarbeiterinnen dieser Einrichtung diesen Bericht im letzten Jahr dem Akademischen Senat vorlegten, wußten sie immer noch nicht, ob die ZE Frauenforschung würde weiterbestehen können. Durch Mithilfe des Beirats und anderer engagierter Frauen und vereinzelter männlichen Wissenschaftlern konnte zwar erreicht werden, daß die Einrichtung (vorläufig) bestehen

bleibt, den Mitarbeiterinnen, deren Arbeit diese Zentraleinrichtung „Frauenforschung“ zu verdanken ist, wurde – jedoch für diese einigermaßen unerwartet – gekündigt, mit dem wenig glaubhaft klingenden Hinweis, ihre Stellen wären „Qualifikationsstellen“ und daher über die üblichen fünf Jahre hinaus nicht verlängerbar. Diese Entdeckung der „qualifizierenden“ Eigenschaften dieser ZE-Stelle ist etwas unglaublich, da man dann zumindest den üblichen Gepflogenheiten gemäß zumindest eine der drei Wissenschaftlerinnen hätte gar nicht einstellen dürfen, da sie bereits eine „Qualifikationsstelle“ im Bereich der FU hatte und weil die Besonderheit der anderen Zentraleinrichtungen und Zentralinstitute der FU ist, daß diese wissenschaftliche Angestellte beschäftigen, von denen verschiedene auf Lebenszeit angestellt sind, oder doch immerhin ihre Anstellungsverhältnisse einmal oder mehrmals verlängert bekommen. Diesen verschiedentlichen Überraschungen entspricht wohl schließlich auch, daß man den Abschlußbericht der bisherigen Crou vonseiten der Universitätsspitze sich zunächst weigerte drucken zu lassen, da man(n) der Meinung war, daß die Universität darin „verunglimpft“ würde. Bleibt schließlich noch anzumerken, daß die ZE weder „Weisungsbefugnis“ hatte, noch über einen eigenen irgendwie nennenswerten Haushalt verfügte, so daß tatsächlich der Handlungsspielraum der ZE immer außerordentlich eingeschränkt blieb.

Trotz all dieser Schwierigkeiten konnte die ZE Frauenforschung an der FU Berlin sich innerhalb der vergangenen Jahre einen nicht unerheblichen Stellenwert für die Frauenforschung in Westberlin und der Bundesrepublik erarbeiten, was sicher nicht zuletzt an der hohen Einsatzbereitschaft der vier dort beschäftigten Frauen lag, die sich nicht nur mit ihrer Tätigkeit identifizierten, sondern sich und ihre Arbeit auch als Teil der Frauenbewegung innerhalb und außerhalb der Institutionen verstanden sowie der zunehmenden Einsatzbereitschaft der im Rahmen des Beirats tätigen Wissenschaftlerinnen, die vielleicht nicht völlig unerheblich von den Widerständen seitens der Universitäts-„Regierung“ (einschließlich des zuständigen Senators) angespornt wurde.

Ähnlich wie die Fraueninitiative in der Danckelmannstraße (oder das zwischenzeitlich entstandene ähnliche „Publikumszulaufs“ sich erfreuende „Lesbenarchiv“ „Spinnboden“) diente die ZE Frauenforschung zahlreichen Nachfragen aus Berlin und der BDR aber auch dem Ausland durch eine Präsenzbibliothek, deren Sammlung neben Monographien ebenfalls aus Examensarbeiten, Zeitschriftenpublikationen, sonstigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen besteht, die durch Bibliographie und Schlagwortkatalog erschlossen und ergänzt ist, sowie Zusammenarbeit und Beratung mit den/der anderen universitären Bibliotheken. In regelmäßig angebotenen Sprechstunden wurden/ werden monatlich um die 150 Besucher/innen beraten und zwar Studentinnen, viele von ihnen in der Examensphase, Wissenschaftlerinnen aus Berlin und der Bundesrepublik und Interessentinnen, die besondere Forschungsvorhaben planen oder bereits durchführen. Die Ratsuchenden wurden nicht nur inhaltlich beraten,

sondern auch hinsichtlich möglicher Finanzierungsquellen und Stipendiumsmöglichkeiten. „Naturgemäß“ waren viele der Klienten arbeitslose Akademikerinnen. Außerdem wurden Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen mittels Beratung unterstützt, über Stellenangebote in der BRD und in Berlin informiert; wurden Fachbereichsinitiativen zur Durchsetzung des (vor allem auf dem Papier existierenden) Frauen-Forschungs-Förderungsbeschlusses der FU unterstützt und schließlich Mitarbeiterinnen bei vorliegenden diskriminierenden Arbeitsbedingungen oder „sexueller Bedrängung“ am Arbeitsplatz beraten.

Darüberhinaus konnte die ZE Frauenforschung mehrere Symposien zum Beispiel zu „Methoden der Frauenforschung“ u.ä. durchführen oder deren Durchführung zumindest ermöglichen. Schließlich konnten in Zusammenarbeit mit der Forschungskommission der FU einige der Ergebnisse dieser Symposien u.ä. durch Drucklegung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und in Zusammenarbeit mit einem konkreten Verlag (Beltz) eine eigene Forschungsreihe beginnen usw. usf..

Wahrscheinlich aber ist diese Arbeit einer Zentraleinrichtung Frauenforschung nicht denkbar durch die an den einzelnen Instituten resp. Fachbereichen angegliederten „Frauenstellen“, also jenen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, die zugeordnet einem bestimmten Sachgebiet innerhalb dieser Bereiche qua Stellendefinitionen sich hauptsächlich um die Fortführung der Frauenforschung (in Forschung und Lehre) bemühen konnten bzw. können und deren Stellen resp. Stellendefinition meistens entsprechenden Initiativen von Studentinnengruppen an den jeweiligen Instituten zu verdanken sind. Wobei zu diesen Stellen zu bemerken ist, daß innerinstitutionelle Querelen sich oft bramsend auf die Frauen-Vertreterinnen auswirkte, da diese ja meistens jeweils befehlenden Fachrichtungen („Kommissionen“ oder „Schwerpunktbereichen“) zugeordnet waren und sind und die Frauenforscherinnen derartigem angesichts des noch sozusagen „unausgewiesenen“ Zustandes des eigenen Forschungsbereichs oder der „Frauenforschung“ innerhalb des besonderen Fachbereichs relativ ausgeliefert waren.

Das Hauptproblem einer „Institutionalisierung von Frauenforschung“ scheint mir daher darin zu liegen, daß mangels finanzieller und sonstiger Möglichkeiten der Frauenforschung Institutionen wie die beschriebenen zwar eine keineswegs zu unterschätzende Hilfsfunktion für die Frauenforschung haben, jedoch nur vor dem Hintergrund funktionieren, daß in den einzelnen Instituten der Universität einzelne Wissenschaftlerinnen mit inhaltlichen Stellendefinitionen angestellt sind, die ersteren ermöglichen die „Frauenforschung“ als Kritik an den jeweiligen Fachgebieten weiter voranzutreiben. Die genannten Institute ZE, FFBIZ u.a. (hier nicht erwähnte) funktionieren einerseits vor dem Hintergrund solcher Stellen und andererseits sind sie getragen durch die Frauenbewegung selbst, die zwar momentan etwas zu verwischen scheint, da sie nicht mehr so glasklar erkennbar in „autonomen“ Bahnen sich vollzieht, weil sie sich nun sozusagen in Wellenbe-

wegungsformen in weiteren Kreisen von Frauen innerhalb von Parteien etc. aber bewegt/erweitert hat, aber deswegen ja doch noch existent ist. Die Assistentinnen an den Uni-Instituten können natürlich ebenfalls nur vor diesem Hintergrund arbeiten. Die bestimmten momentan innerhalb der Frauenbewegung und Frauenforschung interessierenden Forschungsbereiche resp. Fragestellungen sind es, die die Themen sowohl der „Frauenstellen“ als auch der z.B. im Rahmen der ZE Frauenforschung angebotenen Symposien bestimmen, so daß beispielsweise – als gewissermaßen eine vielleicht ja doch bezeichnende Beobachtung am Rande – die Frauenseminare in den Instituten als „die lebendigsten überhaupt“ erscheinen können, was sicher mit der notwendig engen Verknüpfung von Frauenforschung und Frauenbewegung zusammenhängt. Daher ist natürlich auch fraglich, ob man Frauenforschung qua Stellendefinitionen oder Institutseinrichtungen kreieren oder festschreiben kann. (Andererseits schreiben sich soundsovieler „Bindestrichsoziologien“ und sonstige Teilbereiche der Historie durch bloße Institutionalisierung mittels eines Lehrstuhls fort, und vermitteln ihren Studentinnen wichtige Inhalte, auch wenn sie die wenigsten von ihnen noch zu „begeistern“ vermögen, und daher sollten wir innerhalb der Frauenbewegung nicht unbedingt „puristisch“ gegen eine derartige Institutionalisierung sein. Wohl aber dürfen wir unseren erheblichen Zweifel daran anmelden, wenn man Stellen innerhalb des Frauenforschungsbereichs versucht ist, (noch schneller als anderswo) mit Personen, Frauen, aber vor allem auch Männern zu besetzen, die sich mit diesen Inhalten zumindest nicht „identifizieren“. Schließlich trägt die „Identifikation“ mit dem jeweiligen Fachgebiet nicht nur innerhalb der Frauenforschung zu der Effizienz der jeweiligen Forschungsvorhaben bei und zwar trotz der insofern natürlich fehlenden Distanz, die das größere Engagement jedoch mehr als wett macht.) Was nun die historische Frauenforschung angeht, ist festzustellen, daß selbst wenn die wissenschaftliche Frauenforschung vielleicht gerade ihre Schwerpunkte von der Geschichte zur Anthropologie und Ethnologie verlagert, dennoch innerhalb der breiteren, insbesondere vor- und außeruniversitären Frauenforschung das Interesse an historischer Frauenforschung noch besonders groß ist. Auch innerhalb der Institute schlägt sich das nieder, am Institut für Soziologie sind innerhalb der letzten Zeit 50 % der Examensarbeiten der Frauen zu historischen Themen geschrieben worden, die meisten dieser Arbeiten basieren auf eigenen Quellenstudien.

Ebenfalls konnte gerade wieder auf den regionalen „Frauenwochen“, wie zum Beispiel in Bremen, in Hamburg oder anderswo das immer noch erhebliche Interesse an historischer Frauenforschung festgestellt werden, auch und gerade unter Nicht-Wissenschaftlerinnen. Ein „Bedarf“ an Frauengeschichte kann somit als gesichert angesehen werden, was man/frau schließlich auch und nicht zuletzt der zunehmenden Hinwendung männlicher Wissenschaftler und besonders Historiker zu entsprechenden Fragestellungen ablesen kann (z.B. in Berlin das Affelt-Seminar zu Frauen im Mittelalter.) Insofern ist diese Form der Institutionalisierung über

inhaltlich definierte Stellen innerhalb der einzelnen Institute nach Fachbereiche und so auch der Historie wahrscheinlich noch wichtiger als die Institutionalisierung von Frauenforschung als Institute ohne Lehr- und Forschungsaufgaben.

Bei der Forderung nach Institutionalisierung der Frauenforschung sollte frau/man jedoch nicht zuletzt bedenken, daß die Universitäten bis heute noch immer „Männerräume“ sind, durch spezifische Rituale männlicher Öffentlichkeit geprägt. Nicht zuletzt daraus resultieren die zahlreichen besonderen „Probleme“ weiblicher Wissenschaftler, die mit einem „merkwürdigen“ spezifischen Gemisch von übergroßen Gründlichkeiten und Unsicherheiten sich schwerer als die männlichen Kollegen tun, „wissenschaftliche“ Erzeugnisse am laufenden Meter in schriftlicher Fassung zu produzieren, während auf der anderen Seite allerdings jede Statistik beweist, daß Frauen als Betreuerinnen von Abschlußarbeiten u.a. weil sie sich den ratsuchenden Studenten/innen intensiver zuwenden überproportional gefragt sind. Falls die männlichen Kollegen und die entsprechenden Universitätsstellen und Verwaltungs- oder Regierungsstellen es wirklich ernst meinen und wirklich vermehrt Frauen und Frauenforscherinnen in ihren Institutionen arbeiten sehen wollen, so dürfen sie nun nicht jetzt gerade erneut und bürokratischer als bisher sich hinter neu ausgedachten Altersgrenzen u.ä. verschanzen, da derartiges vor allem Frauen aus den universitären Laufbahnen ausschließt, nicht nur weil manche Wissenschaftlerinnen „nebenher“ Kinder aufziehen haben, sondern auch, weil die weibliche Sozialisation auch der Wissenschaftlerinnen dazu führt, daß Studentinnen mehrheitlich ein „integriertes Theorie-Praxis-Studium“ absolvieren und zwar und auch gerade dann, wenn offizielle Studiengangsregelungen derartiges nicht vorschreiben, oft mit hohem Gewinn für die Studienmotivation und die daraus folgenden wissenschaftlichen Leistungen, wie man aus den gelungenen Versuchen mit „2. Bildungs-Weglern“ in der BRD seit 1971 ff. weiß. Wenn eine qualifizierte Wissenschaftlerin „erstaunlicherweise“ ihre Habilitation oder ähnliches immer noch nicht geschafft hat, so muß das daher nun gerade nicht gegen die Befähigung für engagierte Frauenforschung sprechen, sondern kann vielleicht vielmehr zeigen, daß sie trotz aller Wissenschaft immer noch als weiblicher Mensch in der männlichen Institution Universität funktioniert. Sie ist daher für eine Stelle oder Stellung im Rahmen einer wie auch immer gearteten Institutionalisierung von Frauenforschung vielleicht sogar besser geeignet, als jene Kollegin, die alle Hürden mit elegantem Sprung zu nehmen verstand, jedoch wahrscheinlich darüber ihre „weibliche Identität“ nahezu restlos zu vergessen gezwungen war.

Der Bericht der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin für den Berichtszeitraum 1981–1984 kann über diese bezogen werden:

ZE Frauenforschung, Königin-Luise-Straße
Freie Universität/Postfach
D 1 Berlin-West 33 (BRD)